

Außerordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Berlin, 26. Januar 2025

Antragsteller*in: KV Friedrichshain-Kreuzberg
Beschlussdatum: 06.01.2025

Änderungsantrag zu WP-01-K3

Von Zeile 398 bis 400:

Schwangerschaftsabbrüche grundsätzlich außerhalb des Strafrechts geregelt werden. Wir treten dafür ein, dass ~~die notwendige~~ **ein Recht auf eine ergebnisoffene freiwillige** Beratung durch ein abgesichertes Angebot von Beratungsstellen in vielfältiger Trägerschaft

Begründung

Es sollte ein Recht und keine Pflicht für Beratung geben.

Diese sollte ergebnisoffen geführt werden.

S. BDK Beschluss Es ist an der Zeit: Selbstbestimmung gesetzlich verankern

https://cms.gruene.de/uploads/assets/Verschiedenes-Es-ist-an-der-Zeit-Beschluss-BDK-11-2024.pdf.pdf&ved=2ahUKEwiAydbDg-SKAXWN_rslHSTrIKMQFnoECB8QAQ&usg=AOvVaw3jEL90b1mWfwKpn7wzh_L5